

# „Ich verteidige das Grundgesetz“

Seit Monaten gibt es Kritik an der Regierungsbeteiligung der DKP in der neuen Koalition / Ali Al-Dailami: „Höchst problematisch und geschichtsvergessen“

Von Stephan Scholz

**GIESSEN.** Dass die DKP mit der Stadtverordneten Martina Lennartz als Teil der „Gießener Linken“ Mitglied der neuen Regierungskoalition ist, hat in den letzten Monaten immer wieder für Kritik von Parteien wie CDU und FDP gesorgt. Im Interview sprechen Lennartz und Ali Al-Dailami, Fraktionsvorsitzender der „Gießener Linken“, über Kommunismus, ihre Kritiker und Persönliches. „Noch nie hat irgendeiner der anderen Parlamentarier versucht, mit mir über Kommunismus zu diskutieren“, sagt Lennartz, deren Partei nach Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts an der Bundestagswahl im Herbst teilnehmen kann.

**Seit einigen Wochen gibt es laute Kritik an der Regierungsbeteiligung der DKP. Und auch Sie persönlich stehen im Fokus. Wie fühlt sich das an?**

**Martina Lennartz:** Ich bin eigentlich nicht wirklich überrascht, aber die unsachliche persönliche Kritik finde ich befremdlich. Ich war auch in der letzten Wahlperiode fünf Jahre im Parlament. Und ein solcher Antikommunismus schlug uns nur punktuell entgegen. Aber ich persönlich wurde in Ruhe gelassen. Jetzt hat sich die Situation geändert: Wir haben regelmäßig Infostände und es sind unterschiedliche Leute auf mich zugekommen – auch von der FDP oder der CDU –, die die aktuelle Kritik und Hetze nicht nachvollziehen können. Ich erfahre sehr viel Solidarität. Ich spüre, dass der Antikommunismus wieder hochkriecht, weil wir offen die Widersprüche in dem System ansprechen, wir sagen: Der Kapitalismus ist nicht alternativlos und wir treten für Frieden mit Russland und China ein.

**Woher kommt die derzeitige Kritik?**

**Lennartz:** Nicht nur bei der DKP, auch bei anderen linken Kräften versucht man, bürgerliche Rechte einzuschränken.

**Warum sind Sie persönlich in der DKP?**

**Lennartz:** Ich bin Kommunistin, und zwar mit ganzem Herzen.

**Was bedeutet Kommunismus für Sie?**

**Lennartz:** Natürlich hat das mit meiner Erziehung zu tun. Mir wurden früh viele Ungerechtigkeiten auf der Welt erklärt und damit bewusst. Ich habe das

Kommunistische Manifest, Texte von Lenin und Marx gelesen, hier habe ich Antworten gefunden. Ich möchte, dass alles,

was in der großen weiten Welt existiert, den Menschen gehört, die hier leben und es produzieren. Dass alles gerecht verteilt wird und jeder die gleichen Möglichkeiten erhält. Wir leben in einer bürgerlichen Demokratie und Kapitalinteressen haben hier Vorrang, nicht die Bevölkerung. Ich will eine Demokratie, in der Menschen regelmäßig und nicht nur alle paar Jahre mal gefragt werden und Politiker nicht mehr käuflich sind.

**Das ist ja eigentlich ein deutliches Bekenntnis zu Verfassung und Demokratie.**

**Lennartz:** Klar. Max Reimann, Vorsitzender der KPD, hat bei der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 gesagt: Wir stimmen gegen das Grundgesetz, weil es die Spaltung Deutschlands bedeutet, aber wir Kommunisten werden die sein, die das Grundgesetz verteidigen müssen. So sehe ich mich: Ich verteidige das Grundgesetz.

**Das sehen Sie im Kapitalismus gefährdet?**

**Lennartz:** Ja, der Kapitalismus ist ja kein fixer Zustand. Wir verteidigen die sozialen und demokratischen Grundrechte der Werktätigen, wie sie das



Ali Al-Dailami und Martina Lennartz von der „Gießener Linken“ weisen die aktuelle Kommunismuskritik zurück. Foto: Scholz

Grundgesetz festschreibt. Wir kämpfen um ihre Ausweitung und dagegen, dass die Regierenden die Grundrechte abbauen. Kriege nehmen zu. Ich befürchte, dass ein dritter Weltkrieg nicht mehr auszuschließen ist und die drohende Klimakatastrophe ist unübersehbar. Allein schon deshalb darf der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte sein.

**Die Gießener DKP ist im Landesverfassungsschutzbericht 2019 zu finden. Wie sehen Sie das?**

»Der Kapitalismus ist nicht alternativlos«

Martina Lennartz, Stadtverordnete

**Lennartz:** Mich wundert das nicht. Viele Rechte sind bei Bundeswehr und Polizei – wie zuletzt beim Frankfurter SEK – zu finden. Da kräht kaum ein Hahn danach, da passiert nicht viel. Selbst im Verfassungsschutz sind die Rechten zu finden. Ich gebe hier mal nur das Stichwort NSU-Komplex. Man muss immer fragen: Wem nutzt es und wer verdient daran? Wir treten gegen die hohen Rüstungsausgaben auf, das Geld muss in Bildung oder ins Gesundheitswesen investiert werden. Wir fordern, dass man das Geld verteilen muss. Wir fordern eine Vermögenssteuer. Nicht ohne Grund werden die Reichen immer rei-

cher und die Armen immer ärmer.

**Es geht also um Kapitalismuskritik und keinesfalls um Demokratiekritik?**

**Lennartz:** Auf gar keinen Fall geht es uns um Demokratiekritik!

**Was machen Sie beruflich?**

**Lennartz:** Ich bin mit ganzem Herzen Lehrerin und habe letzte Woche die Urkunde zum 25-jährigen Dienstjubiläum bekommen. Lehrerin bin ich schon länger. Während des Studiums und auch zwischendurch musste ich in der Gastronomie, im Rettungsdienst und als Reinigungskraft arbeiten, um Geld für die Familie zu haben. Verbeamtet als Lehrerin bin ich seit 2000.

**Hatten Sie wegen Ihrer Mitgliedschaft in der DKP mal Schwierigkeiten als Staatsbedienstete?**

**Lennartz:** Nein. Ich mache ja keine Werbung in der Schule für unsere Partei. Natürlich vermittele ich den Kindern so Sachen wie: Ich möchte, dass sie sich selbst kennenlernen, rauskriegen, warum sie so geworden sind. Ich möchte, dass sie streiten lernen. Ich möchte, dass sie Empathie lernen und für ihre Rechte kämpfen. Ich versuche, die Kinder anzuregen, zusammenzuhalten, damit nicht jeder gegen jeden

agiert, was man leider oft erlebt.

**Wie stehen Sie zum Existenzrecht Israels?**

**Lennartz:** Am Existenzrecht Israels besteht kein Zweifel, aber auch die Palästinenser haben das Recht auf ein Stück Land. Wir sind für ein Ende der israelischen Besatzung und für einen israelisch-palästinensischen Frieden mit zwei Staaten für zwei Völker.

**Ali Al-Dailami:** Es geht um die Umsetzung des UN-Beschlusses, nach dem ein lebensfähiger palästinensischer Staat existieren soll. Genauso wie es das Existenzrecht Israels gibt, gibt es auch das Existenzrecht für einen Staat Palästina, der auch Voraussetzung für Frieden im Nahen Osten ist.

**Warum gibt es diese Kritik derzeit in Gießen?**

**Ali Al-Dailami:** Ich glaube einfach, dass Teile der ehemaligen Regierungspartei CDU, aber auch Teile der Freien Wähler und vor allem der FDP, die gern in eine Koalition gegangen wären, erst mal im Schockzustand waren. Ich denke, dass sie nicht damit gerech-

net haben, dass eine Partei links der SPD in der Lage ist, auch hier in Gießen Regierungsverantwortung zu übernehmen. Der Schockzustand wurde überwunden, aber ich stelle fest, dass ihnen scheinbar nichts anderes einfällt als die Antikommunismus- und die Antisemitismus-Keulen herauszuholen. Das finde ich höchst problematisch und geschichtsvergessen.

**Inwiefern?**

**Ali Al-Dailami:** Gerade die FDP, die sich sehr stark hervortut, die DKP anzugreifen und zu sagen, dass die DKP ein DDR-Fanklub sei, sollte sich mit ihrer eigenen Geschichte auseinandersetzen. Man muss wissen, dass die FDP die Liberal-Demokratische Partei und die National-Demokratische Partei übernommen hat. Das waren beide SED-Blockparteien. Ohne Wenn und Aber. Über 100 000 Mitglieder und Teile des Vermögens hat die FDP übernommen. Wir als Die Linke dagegen setzen uns als Nachfolgepartei der SED praktisch täglich mit unserer Vergangenheit auseinander. Weil wir die DDR mit all ihren positiven und negativen Eigenschaften bewerten müssen, um aus der Geschichte zu lernen. Dass ausgerechnet die FDP, die Blockparteien übernommen hat, sich nicht zu schade ist, hier mit Antikommunismus zu spielen, finde ich verlogen. Gleichzeitig hat die FDP auch eine rechte Tradition.

**Was meinen Sie damit?**

**Ali Al-Dailami:** Ich meine zum Beispiel den sogenannten Naumann-Kreis. Das ist ein Netzwerk von Faschisten in der FDP gewesen. Naumann war der letzte Staatssekretär unter Goebbels, der sich geweigert hat, zu kapitulieren. Ein Antisemit durch und durch, der enormen Einfluss auf die FDP hatte. Dieser Kreis wollte Mitte der 50er in Deutschland putschen und wurde zerschlagen. Auch diesen Teil ihrer Geschichte hat die FDP bis heute nicht konsequent aufgearbeitet. Deshalb wundert mich auch nicht, dass sich ein Thomas Kemmerich in Thüringen mit einer Fünf-Prozent-FDP von der AfD wählen lässt oder dass Teile der FDP Hessen dubiose Kontakte zu einem AfD-Berater haben und bis heute „Nationalliberale“ Ansichten in der FDP vertreten sind.

**Wie gehen Sie mit der aktuellen Kritik in Gießen um?**

**Ali Al-Dailami:** Ehrlich gesagt waren wir am Anfang der Meinung, dass wir uns auf dieses Spiel nicht einlassen. Wir haben gehofft, dass es irgendwann um unsere Inhalte geht. Das heißt, dass Teile der Opposition vielleicht mal sagen, dass sie unsere Sozialquote nicht gut finden oder die Vergünstigungen im ÖPNV, die Erhöhung der Taktung oder die bessere Bezahlung der Busfahrer. Aber das passiert ja alles nicht. Stattdes-

sen werden Antisemitismusrufe laut, die geeignet sind, Existenzen von Menschen zu zerstören. Uns geht es

um die Inhalte und somit um die Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in Gießen. Und zum Antikommunismus kann man nur Thomas Mann beipflichten: „...Trotzdem kann ich nicht umhin, in dem Schrecken der bürgerlichen Welt vor dem Kommunismus, diesem Schrecken, von dem der Faschismus so lange gelebt hat, etwas Abergläubisches und Kindisches zu sehen, die Grundtorheit unserer Epoche.“

**Würden Sie mit den Kritikern diskutieren?**

**Lennartz:** Natürlich. Zu der Frage, was Kommunismus ist, hat sich aber bisher keiner der Kritiker ernsthaft an mich gewandt. Ich stehe selbstverständlich auch für inhaltliche Diskussionen zur Verfügung, wie der ÖPNV verbessert, öffentliche Einrichtungen jedem zugänglich gemacht werden, der Einfluss des großen Kapitals auf die Stadtpolitik gebrochen werden kann.

## JUNGE UNION SPRICHT VON VERFASSUNGSFEINDEN

► Scharfe Kritik an der neuen Koalition übt der Stadtverband der Jungen Union Gießen. In einer Pressemitteilung mit der Überschrift „Grüne und SPD koalieren mit Verfassungsfeinden“ erklärt Maximilian Roth, dass Gießen nun von einer vom Verfassungsschutz beobachteten Partei regiert werde. „Dass die Grünen und die SPD nun mit einer verfassungsfeindlichen und antisemitischen Partei, den Kommunisten, gemeinsame Sache machen, ist unbegreiflich und kommt einem politischen Skandal gleich“, argumentiert der Pressesprecher. Kathrin Schmidt erinnert daran, dass erst vor Kurzem alle demokratischen

Parteien auf dem Berliner Platz gegen Antisemitismus demonstriert haben. „Nur wenige Wochen später gehen Grüne und SPD eine Koalition mit einer Partei ein, die das Existenzrecht Israels ablehnt. Diese Politik ist unglaublich, geschichtsvergessen und ideologiegetrieben. Die Verantwortlichen entlarven sich selbst, wenn sie solche Koalitionen eingehen, nur um an die Macht zu kommen“, so die Stadtverbandsvorsitzende der Jungen Union. Für JU und CDU gelte weiterhin das Prinzip, dass sie nicht mit extremistischen Rändern paktierten. SPD und Grüne hätten dieses Prinzip offensichtlich aufgege-

ben, meint die Vorsitzende. Eine Korrektur der Entwicklung könnten die Gießener bei der Oberbürgermeisterwahl am 26. September erreichen. Den Vorwurf des Antisemitismus weist die DKP in einer Mitteilung als „absurd“ zurück: „Niemand kämpft so entschlossen wie die Kommunisten gegen alte und neue Nazis, das sind bekanntlich die gewalttätigsten Antisemiten. Viele auch von bürgerlichen Kreisen geehrte jüdische Antifaschisten waren oder sind Mitglieder und Funktionäre der DKP, genannt seien hier Emil Carlebach, Peter Gingold und die gerade verstorbene Esther Bejarano.“ (olz)

»Wir haben gehofft, dass es irgendwann um Inhalte geht«

Ali Al-Dailami, Fraktionsvorsitzender